



Institut für Urban Public Health (InUPH) | Zweigertstraße 37 | 45130 Essen

Landtag NRW  
I.A.2 / EK II

Per Email

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME  
18/1621

A41

Institut für  
Urban Public Health (InUPH)

Prof. Dr. Susanne Moebus, MPH  
Direktorin

Tel. +49 201 723 - 77 230  
susanne.moebus@uk-essen.de

Sekretariat  
Nadine Rüßler  
Tel. +49 201 723 - 77 225  
nadine.ruessler@uk-essen.de

Essen, 24.04.24

**Anhörung im Landtag NRW, Enquetekommission II, Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (vulnerable Gruppen), am 28. Juni 2022  
Hier: Stellungnahme zum Fragenkatalog**

Sehr geehrte Herren und Damen

Herzlichen Dank für die Einladung. Finden Sie bitte anhängend meine Antworten zu Ihren Fragen. Aus zeitlichen Gründen war es mir unmöglich die umfangreichen Fragen vor dem 21. Juni zu beantworten. Zudem konnte ich – ebenfalls aus zeitlichen Gründen - meine Antworten nicht mit den Stellungnahmen bisheriger Sachverständiger abgleichen bzw. abstimmen. Ich hoffe, meine Einschätzung nützen dennoch.

Ich freue mich auf den persönlichen Austausch am Freitag.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Susanne Moebus

Essen, im Juni 2024

Prof. Dr. S. Moebus, Institut für Urban Public Health

## **Anhörung im Landtag NRW, Enquetekommission II, Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (vulnerable Gruppen), am 28. Juni 2024**

### **Stellungnahmen zum Fragenkatalog**

#### **1. Haben Sie einleitend Anregungen, die Sie uns für die Arbeit in der Enquetekommission geben möchten?**

Zum Thema Vulnerabilität einige Bemerkungen:

- ☞ Vulnerabilität ist nicht einfach eine Eigenschaft von Individuen, die von Geburt aus gegeben ist, sondern vielmehr durch Umweltbedingung sowie Strukturen und Prozesse erzeugt. Das bedeutet, dass Verletzlichkeit nicht nur auf körperliche Schäden beschränkt ist. Psychische, soziale und ökonomische Faktoren können Menschen ebenfalls verletzlich machen.
- ☞ Damit betreffen Fragen zur Vulnerabilität immer politische und soziale Aspekte. Das heißt, es müssen die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse und politischen Zusammenhänge betrachtet werden, in denen Menschen jeweils leben. Dazu gehören z.B. Armut, Diskriminierung, fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung.
- ☞ Natürliche Katastrophen oder andere Ereignisse, die von außen auf die Gesellschaft einwirken, können zwar die Auswirkungen von Vulnerabilität verstärken. Sie sind aber nicht die alleinige Ursache dafür.
- ☞ Sowohl die Corona-Pandemie als auch der Klimawandel haben die Verwundbarkeit von Menschen in vielen Bereichen noch deutlicher werden lassen. Dazu gehören z.B. die Bereiche Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung und öffentliche Infrastruktur.
- ☞ Diese Erkenntnisse können dazu genutzt werden, die Gesellschaft gerechter und nachhaltiger zu gestalten. Dies erfordert Investitionen in soziale Sicherungssysteme, Bildung und Klimaschutz.
- ☞ Zur Stärkung der Gesellschaft angesichts anstehender Herausforderungen sowie zur Entwicklung struktureller Präventionsmaßnahmen und eines effektiven Krisenmanagements speziell für vulnerable Gruppen müssen vorab die Fragen geklärt werden:
  - Wer wird als vulnerabel eingestuft und wer nicht?  
Es ist entscheidend, klare und breit aufgestellte Kriterien für die Einstufung zu definieren, um gezielte Unterstützung bieten zu können. Zu den Kriterien gehören u.a. sozioökonomischer Status, sozialräumliche Wohnlage, Gesundheitszustand, Zugang zu Ressourcen, Diskriminierungserfahrungen. Multiple Faktoren (Armut und Krankheit, ...) müssen berücksichtigt werden.
  - Welche Folgen hat das und für wen?  
Die Auswirkungen der Einstufung müssen soweit wie möglich verstanden und abgeschätzt werden, um sicherzustellen, dass sie keine unbeabsichtigten

Konsequenzen Diese Folgen müssen im gesellschaftlichen Diskurs abgewogen werden.

- Gehen Schutzmaßnahmen für eine Gruppe auf Kosten einer anderen Gruppe? Es muss geprüft und abgewogen werden, ob Schutzmaßnahmen ausgewogen sind und nicht zulasten anderer Gruppen gehen, um gesellschaftliche Spannungen zu vermeiden.

Beispiele:

*Während Corona galten v.a. alte Menschen als vulnerabel und besonders schutzbedürftig. Schulkinder galten als weniger vulnerabel aufgrund geringerer Krankheitslast durch den Virus. Ihre große Vulnerabilität zeigte sich aber nach den Schulschließungen für alle Kinder und Jugendliche, bei Kindern und Jugendlichen in sozial deprivierten Nachbarschaften sowie bei Kindern und Jugendlichen aus gewaltorientierten Familien usw. . Auch geflüchtete Menschen in Aufnahmelagern wurden weitaus seltener als vulnerabel eingestuft. Stattdessen wurden diese Lager noch stärker abgeschottet, um die Menschen außerhalb zu schützen. Schutzbedürftigkeit wurde folglich an Bürgerrechte gekoppelt und nicht (auch) an Menschenrechte. Der Fleischbetrieb Tönnies während Corona zeigte, dass die Gefahr (fast) ausschließlich für die Menschen außerhalb des Betriebs verortet wurde. Die Vulnerabilität der Mitarbeitenden (meist Leiharbeitende) bei Tönnies war von geringer Relevanz.*

- ☞ Das sind natürlich alles schwierige Fragen und Aspekte, die neben politischen auch die ethischen Dimensionen bei allen Entscheidungen im Zusammenhang mit Vulnerabilität und Krisenmanagement deutlich zeigen.
- ☞ Insgesamt müssen wir beherzigen, wie wichtige eine frühzeitige breite echte (!) inter- und transdisziplinäre Beteiligung in Bezug auf das Krisenmanagement notwendig ist. Hierzu, sind auf Landes- und Kommunalebene und in regelmäßigen Abständen vorhandene Expertise zu prüfen und festzulegen, um Krisenstäbe schnell, breit aufgestellt und effektiv zum Arbeiten zu bekommen. Ein enger Austausch zwischen den Ebenen muss durch festgelegte Strukturen frühzeitig festgelegt und erprobt werden.
- ☞ Weitere Aspekte  
Kommunikation im Krisenfall ist für den Schutz vulnerabler Gruppen besonders wichtig. Vulnerable Gruppen sollten frühzeitig und aktiv in die Prozesse der Entscheidungsfindung und Krisenprävention einbezogen werden.  
Machtverhältnisse und Ungleichheiten verstärken die Vulnerabilität von Menschen und schwächen dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt – gerade in Zeiten, in denen eine solidarische Gesellschaft angesichts der Zumutungen besonders wichtig ist.

## **2. Welche Anforderungen ergeben sich für das Krisen- und Notfallmanagement, um Personen in vulnerablen Situationen während Krisen und Katastrophen adäquat zu schützen?**

- ☞ Die beste Vorbereitung ist Prävention, Prävention, Prävention. Durch die Stärkung vulnerabler Bevölkerungsgruppen und die vorausschauende Erhöhung der Resilienz von

Strukturen und Gesellschaft können wir effektivere Schutzmaßnahmen gewährleisten. Dies beinhaltet die Implementierung einer Vielzahl von – bekannten – Vorschlägen.

*Beispiele:*

- *Frühzeitige Identifizierung und Unterstützung vulnerabler Gruppen.*
- *Aufbau widerstandsfähiger Infrastrukturen, die speziell auf die Bedürfnisse vulnerabler Gemeinschaften zugeschnitten sind.*
- *Förderung von Bildung und Bewusstsein für Krisenprävention und -bewältigung.*
- *Integration von inklusiven Kommunikationsstrategien, um sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen rechtzeitig und klar informiert werden. Hierfür sind zielgruppen-spezifische, bidirektionale und gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelte Kommunikationsformate empfehlenswert.*
- *Entwicklung von langfristigen Resilienzplänen, die auf nachhaltige Entwicklung und die Anpassung an sich ändernde Umweltbedingungen abzielen.*

☞ Desweiteren ist eine zwingend sektorenübergreifende Zusammenarbeit notwendig. Bislang liegt ein Fokus bei der Identifikation von vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf dem Krankheitsversorgungssektor. Zum Beispiel alte Menschen, wg. ihrer sinkenden Thermoregulation; chronisch Kranke oder körperlich/psychisch Beeinträchtigte; Schwangere; Säuglinge; Kinder. Hier braucht es eine erweiterte Perspektive außerhalb des Medizinsektors.

☞ Ich verweise auch auf die erste Publikation des Experteninnenrats Gesundheit und Resilienz zu *Health Security* der Bundesregierung<sup>1</sup>, die auch für das Land NRW (in Teilen) gilt bzw. mit dem Bund entsprechend ausgehandelt und koordiniert werden muss:

- *Health Security* bezeichnet Fähigkeiten, Ressourcen und Strukturen, welche Gesellschaften in die Lage versetzen, sich vor sicherheitsrelevanten Ereignissen mit negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu schützen bzw. deren Auswirkungen zu minimieren. Vorbereitung, Vorhaltung, klar geregelte Zuständigkeiten und trainierte Abläufe sowie eine evidenzbasierte Risikokommunikation sind Eckpfeiler einer effektiven *Health Security*.
- Das Land muss sich besser auf die Beherrschung von besonderen und unter Umständen parallel auftretenden Gefährdungslagen nicht nur in Folge von Umweltkatastrophen, Ausfall von kritischer Infrastruktur bis hin zu erneuten Pandemien, sondern auch Großschadenslagen durch militärische Auseinandersetzungen oder terroristische Anschläge vorbereiten.
- Auch wenn einige Charakteristika von außergewöhnlichen *Health Security*-relevanten Lagen bekannt sind, ist das Auftreten dieser Lagen in Bezug auf Lokalisation, Zeitpunkt, Intensität und geografische Reichweite nur eingeschränkt vorhersehbar. Die Wahrscheinlichkeit für derartige Ereignisse hat sich insgesamt deutlich erhöht. Daher sollten die notwendigen Maßnahmen vorbereitet, regelmäßig trainiert, evaluiert und breitflächig verfügbar gemacht werden. Die Bevölkerung ist dabei zentraler Akteur, da sie

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975196/2285456/c676ec1f888b91c58d13874d0f1699d0/2024-05-22-expertinnenrat-stellungnahme-data.pdf?download=1>

zum einen maßgeblich von den vielfältigen Auswirkungen betroffen und zum anderen aktiver Teil bei der Bewältigung ist.

- Notwendigkeit multidisziplinärer Maßnahmen und Interventionen → nicht nur Medizin!
- Datenzugang zu Echtzeitanalysen und prädiktive Modellierung
- Health Security beruht auf effektiver Koordination und Zusammenarbeit versch. Sektoren und Zuständigkeitsbereiche. Dies betrifft auch das Zusammenwirken von zivilen Gesundheitsstrukturen und den Sicherheitsbehörden, inklusive des Militärs, sowie das Zusammenspiel öffentlicher und privater Institutionen.
- Die Entwicklung eines integrierten Health Security-Konzepts für das Land in Form eines mit dem Nationalen Aktionsplan abgestimmten landesweiten Aktionsplans ist dringend geboten. Eine Stärkung der Gesundheitsversorgung ist nicht nur aus ethischen und humanitären Gründen notwendig, sondern auch aus sicherheitsstrategischer Perspektive.

### **3. Welche kurz- oder langfristigen Strategien oder auch politischen Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich, um die Partizipation von vulnerablen Gruppen am Krisen- und Notfallmanagement zu steigern und sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Anliegen angemessen berücksichtigt werden?**

Zur Beantwortung dieser Frage würde ich meinen Kolleginnen und Kollegen mit größerer Expertise bzgl. Partizipation den Vorzug geben wollen. Insbesondere aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und primärer Prävention.

- ☞ Einige wenige (nicht vollständige) und gut bekannte Aspekte aus meiner Sicht:
  - Kurz- und mittelfristig ist eine Sensibilisierung durch Schulungen und Informationskampagnen für alle Akteure im Krisenmanagement zu den Bedürfnissen und Perspektiven vulnerabler Gruppen empfehlenswert.
  - Dabei ist die Sicherstellung des Zugangs zu Informationen, Warnungen und Hilfsangeboten in verschiedenen Sprachen und Formaten (z.B. einfache Sprache, Gebärdensprache) notwendig.
  - Eine aktive Beteiligung vulnerabler Gruppen an der Entscheidungsfindung und Planung von Krisenmaßnahmen ist durch Fokusgruppen, Bürgerforen, -räte denkbar.
  - Schaffung sicherer und geschützter Räume für vulnerable Gruppen in Krisensituationen (z.B. Frauenhäuser, Obdachlosenheime).
  - Langfristig sind zwingend strukturelle Veränderungen anzugehen, wie Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung vulnerabler Gruppen in allen Lebensbereichen.
  - Die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Netzwerken vulnerabler Gruppen kann angezeigt sein.
  - Ebenso die Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen vulnerabler Gruppen, damit sie sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können.
  - Förderung von Forschung zu den Bedürfnissen und Erfahrungen vulnerabler Gruppen im Krisenmanagement.

- Verankerung der Partizipation vulnerabler Gruppen in Gesetzen und Richtlinien zum Krisenmanagement.
- Bei allen Maßnahmen sind die vielfältigen Faktoren, die Vulnerabilität bedingen (z.B. Armut, Geschlecht, Migrationshintergrund, Behinderung) zu berücksichtigen; siehe oben stehende Ausführungen.
- Die nachhaltige Finanzierung und Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation vulnerabler Gruppen muss gewährleistet werden
- Eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen und Anpassung bei Bedarf.

#### 4. Welche kurz- oder langfristigen Strategien sollten ergriffen werden, um vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels, wie beispielsweise Hitzewellen oder Starkregenereignisse, zu schützen?

- ☞ Neben den bekannten Maßnahmen (z. B. Hitzeaktionspläne) ist ein Perspektivwechsel sinnvoll: Statt ausschließlich auf die Verhinderung oder Behandlung von Vulnerabilität zu fokussieren, sollte der Fokus auf die Schaffung und Stärkung von Resilienz gelegt werden. Die Public Health Perspektive bringt diese Unterscheidung mit i.S.v. Verhinderung von Krankheit vs. Förderung von Gesundheit. Abhängig von der jeweiligen Perspektive ergeben sich unterschiedliche mögliche Maßnahmen. Für die Präventionsstrategie eines Krisenmanagements kann das nützlich sein.
- ☞ Weitere Informationen und hilfreiche Dokumente mit breiter Unterstützung der deutschen Public Health Akteurinnen und Akteure aus Forschung und Praxis:
  - *Call for and to Action: Klimawandel und Public Health* (<https://zukunftsforum-public-health.de/call-for-action-klimawandel/>)
  - *Sachstandsbericht des RKI zu Klimawandel und Gesundheit* ([https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/K/Klimawandel\\_Gesundheit/KlimGesundAkt.html](https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/K/Klimawandel_Gesundheit/KlimGesundAkt.html))

#### 5. Welche spezifischen Herausforderungen stellen sich für vulnerable Gruppen in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen und Informationen während Krisen und Katastrophen und wie kann diesen Ihrer Erfahrung nach begegnet werden?

Auch bei der Beantwortung dieser Frage würde ich meinen Kolleginnen und Kollegen mit größerer Expertise bzgl. dieser Thematik gerne den Vorzug geben. Insbesondere aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und primärer Prävention, z. B. dem Netzwerk Frühe Hilfen.

- ☞ Insgesamt gilt, wie bereits o.s. ausgeführt, dass die Umsetzung von Lösungsansätzen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Hilfsorganisationen und der Zivilgesellschaft erfordert. Einige wenige (nicht vollständige) und gut bekannte Aspekte aus meiner Sicht, Lösungsmaßnahmen liegen meist dann auf der Hand:
  - Sprachbarrieren: Vulnerable Gruppen, die nicht die Landessprache sprechen, haben Schwierigkeiten, Informationen zu verstehen und Hilfe anzufordern.

*Beispiel: Geflüchtete Menschen, die während einer Flut nicht wissen, wohin sie sie sollen, weil sie die Durchsagen nicht verstehen.*

- Menschen mit geringer Bildung oder eingeschränkter Informationskompetenz haben Schwierigkeiten, an relevante Informationen zu gelangen. *Beispiel: Ältere Menschen, die nicht über das Internet verfügen und daher keine Warnungen über ihr Smartphone erhalten.*
- Menschen mit körperlichen Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität können Evakuierungsmaßnahmen nicht folgen oder Hilfsangebote nicht in Anspruch nehmen. *Beispiel: Rollstuhlfahrende, die im Falle eines Feuers nicht aus dem Obergeschoss eines Gebäudes flüchten können.*
- Vulnerable Gruppen können aufgrund ihres Status oder ihrer Herkunft diskriminiert werden und daher benachteiligt sein beim Zugang zu Ressourcen und Hilfe. *Beispiel: Obdachlose Menschen, denen im Katastrophenfall der Zugang zu Notunterkünften verwehrt wird.*

## **6. Inwieweit verschärft der Klimawandel bestehende sozioökonomische Ungleichheiten und welche Bevölkerungsgruppen werden damit zukünftig (mehrfach) marginalisiert?**

Vorab: Aus Platzgründen werde ich hier die globale Perspektive komplett ausblenden. Diese ist aber zwingend zu berücksichtigen, weil auch die globalen Zusammenhänge Krisen auslösen und verschärfen können. D.h., der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die alle Menschen betrifft.

- ☞ Eine Verstärkung der Ungleichheiten entsteht insbesondere durch fehlende Ressourcen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

*Beispiel: Menschen in Armut*

- *können wegen fehlender ökonomischer Ressource nicht einfach in kühlere Gebiete umziehen (insgesamt oder bei Hitzewellen).*
- *Sie haben weniger Möglichkeiten zur Instandsetzung ihrer Wohnungen/Häuser nach Unwettern oder für alternative Heizmöglichkeiten.*
- *Wichtige Gütern, die durch den Klimawandel verknappt sind und verteuert werden (Wasser, bewohnbare Gebiete, Lebensmittel), werden die Ungleichheit verschärfen.*
- *Sie arbeiten oft in Berufen, die schlechter bezahlt sind, häufig systemrelevant sind, und wenig Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten und -abläufen bieten (z.B. bei Schichtarbeit). Bei Hitze werden diese Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert und führen zu verstärkter gesundheitlicher Belastung und/oder Unfällen. Auch Verdienstaufschläge durch hitzebedingte Kurzarbeit sind denkbar.*
- *Ebenfalls könnten Klimaschutzmaßnahmen Ungleichheiten verschärfen, wie die Umstellung auf individuelle E-Mobilität: eine gezielte Förderung adressiert nicht marginalisierte Gruppen.*

- ☞ Handlungsempfehlungen sind prinzipiell schon gut bekannt und müssen aber auch endlich umgesetzt werden. Siehe auch o.s. Aspekte.

Nur einen Punkt würde ich hier gerne noch aufgreifen, nämlich die Stärkung der regionalen und vor allem lokalen Wirtschaft.



*Zum Beispiel: Förderung von klimaresistenten Wirtschaftszweigen, wie klimaresistente Landwirtschaft, Tourismus im ländlichen Raum; Unterstützung von (kleineren) Unternehmen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Ausbau der Umweltbildung und -beratung.*

## **7. Wie können lokale und regionale Initiativen in Deutschland dazu beitragen, die Beteiligung und Mitbestimmung von vulnerablen Gruppen an Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien zu fördern?**

Vorab: Bei der Beantwortung dieser Frage würde ich ebenfalls meinen Kolleginnen und Kollegen mit größerer Expertise bzgl. dieser Thematik gerne den Vorzug geben. Insbesondere aus dem Bereich der Gesundheitsförderung/primäre Prävention sowie auch KLUG (*Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit*)<sup>2</sup>. Erfolgreiche Beispiele der Beteiligung von vulnerablen Gruppen am Klimaschutz siehe Anhang.

- ☞ Allgemein: es braucht mehr Aufklärung über die Zusammenhänge von Gesundheit und Klimawandel. Ein jüngster Lancet Report hat gezeigt, dass dieser Zusammenhang sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik nur selten hergestellt wird.

*Beispiele:*

- *Vorteile der Co-Benefits (Mehrfachnutzen von Maßnahmen) adressieren, wie die Ernährungs- und Verkehrswende, die sowohl für Klimaschutz als auch Stärkung der Resilienz der Bevölkerung durch Erhalt und Förderung der Gesundheit große Vorteile bieten.*
- *Die Gesundheitsperspektive muss in bestehende Initiativen und Netzwerke zum Thema Klimawandel getragen werden, wie in Klima.Profit NRW Beratungsprozess für Unternehmen zur Stärkung ihrer Klimaresilienz (<https://klimaprofit.nrw/>)*
- *Netzwerk Klimaanpassung und Unternehmen.NRW zur Stärkung der Klimaanpassung von und durch Unternehmen (<https://klimaanpassung-unternehmen.nrw/>)*

## **8. Wie können bzw. sollten Städte und Gemeinden in Deutschland ihre Infrastruktur und Dienstleistungen anpassen, um vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, wie beispielsweise durch Hitzeaktionspläne und verbesserte Notfallvorsorge? Welche Rolle kann dabei Digitalisierung übernehmen (Stichwort Smart City)?**

Vorab: Dies ist ein extrem weit gefasstes Feld, dass hier keinesfalls umfassend adressiert werden kann. Es wäre eine eigene Anhörung wert. Nur wenige Aspekte, die aber nicht nach Priorisierung hier aufgelistet sind:

- ☞ Hitzeaktionspläne müssen verstärkt die besonderen Umstände der Städte berücksichtigen und dies insbesondere mit Blick auf kleinräumige Unterschiede. Dabei gilt es nicht nur Hitzeinseln zu identifizieren, sondern einen Fokus auf deprivierte Stadtteile legen, da dort die Belastung durch multiple Risikofaktoren – Lärm, fehlendes Grün, dichte Besiedelung, fehlende soziale Kohäsion, fehlendes Sicherheitsgefühl, fehlende Arztpraxen, ... - besonders hoch sind. Auch Stadtteile, die nicht als explizite Hitzeinsel ausgewiesen werden, können bei Hitzewellen, die dort wohnenden Menschen besonders belasten.
- ☞ Die soziale Absicherung muss aufrechterhalten werden.

---

<sup>2</sup> <https://www.klimawandel-gesundheit.de/ueber-uns/>



- ☞ Gesundheitsaspekte sollten in die Gestaltung und Umsetzung integrierter, inklusiver und gemeinwohlorientierter Smart-City-Strategien eingebunden werden (vgl. Neue Leipzig Charta 2020)
- ☞ Die Digitalisierung beziehungsweise die Entwicklung einer smarten Stadt und Nachbarschaft kann diesbezüglich ein entscheidender Entwicklungsbaustein sein. D.h. die gesamte Planung und Entwicklung sollte von Beginn an die digitalen Vernetzungsmöglichkeiten vollumfänglich und gerecht integrieren. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitseinrichtungen, Stadtverwaltungen, Technologieunternehmen und der Bürgerschaft.

**9. Bitte nennen Sie die aus Ihrer Sicht fünf wichtigsten Punkte, die das Katastrophen- und Krisenmanagement in NRW in Bezug zu vulnerablen Gruppen verbessern würden. Bitte nehmen Sie dabei eine Priorisierung vor.**

Vorab: Die eng miteinander verknüpften sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren bilden die zentralen Säulen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Entwicklung. Dies ist ein zentraler Punkt, der oft unterschätzt wird. Die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung ist damit eine wichtige Investition in die Zukunft. Sie stärkt die Resilienz, führt zu niedrigeren Gesundheitskosten, höherer Lebensqualität und insgesamt positiven Effekten für die Volkswirtschaft, die Gesellschaft und das Individuum. Dem Katastrophen- und Krisenmanagement würden damit mehr Ressourcen (z.B. fittes Personal, Geld, Ausrüstung) zur guten und erfolgreichen Bewältigung der Krisen zur Verfügung stehen.

- ☞ Um dieses Ziel zu erreichen, ist vernetztes Denken und Handeln unverzichtbar. So müssen Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Ernährungspolitik, Familien- und Bildungspolitik sowie Digitalpolitik und Raumplanung zusammenarbeiten, um resiliente Lebenswelten für alle zu schaffen. Daraus könnten folgende  $\geq 5$  Punkte abgeleitet werden:
  1. Multisektorales Katastrophen- und Krisenmanagement mit umfassendem Gesundheitsverständnis und Kenntnissen zu Vulnerabilität und Resilienz.
  2. Krisenstäbe frühzeitig multisektoral und multiprofessionell aufstellen, incl. lokaler Expertisen und Betroffenen.
  3. Menschen an Planungs- und Implementierungsprozesse frühzeitig einbinden.
  4. Nachhaltige Organisationsstrukturen und Finanzierung gewährleisten.
  5. Zielgerichtete Kommunikation und Information durch Leitlinien verbessern.
  6. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen und Anpassung bei Bedarf.
  7. Immer wieder Üben ...

## Anhang

Erfolgreiche Beispiele der Beteiligung von vulnerablen Gruppen am Klimaschutz

Deutschland:

- "*Klimawandel und Armut in NRW*" (2019-2022): Ein Projekt des Umweltbundesamtes und des Sozialministeriums NRW, das die Beteiligung von Menschen in Armut an der Entwicklung von Klimaschutzstrategien förderte.  
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-laenderebene/bundesland-nordrhein-westfalen>
- "*Klimafit - Klimaschutz und Anpassung in benachteiligten Quartieren*" (seit 2018): Ein Projekt der Deutschen Umwelthilfe, das benachteiligte Stadtquartiere bei der Entwicklung von Klimaschutzkonzepten unterstützt.  
<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/expertenrat-bescheinigt-bundesregierung-mangelnden-klimaschutz-deutsche-umwelthilfe-spricht-von-kl/>
- "*Klimawandel und Migration - Herausforderungen und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung*" (2020-2022): Ein Projekt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), das die Beteiligung von Migrant\*innenorganisationen an Klimaschutzaktivitäten förderte. <https://www.bmu.de/>

International:

*"Kibera Urban Environmental Improvement Project"* (Kenia): Ein Projekt, das die Bewohner des Kibera-Slums in Nairobi bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und der Bekämpfung von Umweltverschmutzung unterstützt. <https://unfccc.int/climate-action/momentum-for-change/activity-database/momentum-for-change-to-improve-the-livelihoods-of-vulnerable-households-within-kibera-slum-through-adoption-of-clean-technology-in-waste-management>

*"Adaptation Fund"* (International): Ein Fonds, der Entwicklungsländer bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unterstützt. <https://www.adaptation-fund.org/>

*"Paris Agreement"* (International): Ein internationales Abkommen, das die Staaten verpflichtet, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen und die Rechte vulnerabler Gruppen zu schützen. <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement>